

Verhandlungsschrift

über die

Sitzung des Gemeinderates

am Donnerstag, den 03.02.2000, um 19:30 Uhr im Sitzungssaal des Amtsgebäudes.

Anwesende:

Bürgermeister Mair Franz
 Vizebgmst. Hittmayr Franz
 GV Huber Josef
 GV Stoiber Heinz
 GV Poschinger Herbert
 GR Forstinger Johann
 GR Schoissengeyer Manfred
 GR Huber Brigitte
 GR Wagner Josef

GR Habringer Maria
 GR Selinger Friedrich
 GR Hochroiter Franz
 GR Hartl Erwin
 GR Gerber Johann
 GR Hangweirer Isabella
 GR Kammerhofer Marianne
 GR Gehmayr Max

Ersatzmitglieder: Bauer Franz für GR Schwaiger Peter
 Kudernatsch Norbert für GR Landertshamer Friedrich Ing.

Schriftführer: GS Rudolf Kroiß

Es fehlen entschuldigt: GR Landertshamer Friedrich Ing.
 GR Schwaiger Peter
 Neubacher Elfriede

Der Bürgermeister eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, daß

- a) die Sitzung von ihm ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung hierzu gemäß dem vorliegenden Zustellnachweis an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlußfähigkeit gegeben ist;
- d) daß die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluß Einwendungen eingebracht werden können.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1.) Bericht des Bürgermeisters.

Im Zusammenhang mit der Neutrassierung der ÖBB durch die HL-AG wurde bei der letzten Bürgermeisterkonferenz ein Gremium gebildet, welches feststellen soll, ob eine Sinnhaftigkeit überhaupt gegeben ist. Außerdem soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht bei der bestehenden Trasse ein 3. Gleis neu zu bauen. Weiters erwähnt er das Gespräch mit Herrn Tschernutta vom Büro Kienast & Kienast über die weitere Vorgangsweise in Redlham.

Der Bürgermeister berichtet über den Stand des Entwicklungskonzeptes. In der letzten Bauausschußsitzung wurde über die Wünsche der Grundbesitzer beraten. Der Planer wird das Ergebnis dieser Beratung in die derzeitigen Entwürfe einarbeiten.

Der Bürgermeister berichtet den Mandataren von der geplanten Verlegung der Schotterwerksstraße. Er erklärt den vorgesehenen Verlauf und bringt den Gemeinderäten den bereits vorliegenden Plan zur Kenntnis. Durch das Abrücken der Schotterwerksausfahrt der Fa. Niederndorfer von der bisherigen Schotterwerksstraße, sollen vor allem die Bewohner des östlichen Ortsteiles von Redlham, sowie die Freizeitanlagen und die Gemeindebauten vom Staub und Lärm geschützt werden.

Über die Festsetzung der Standortabgabe ist in Abstimmung mit der Stadtgemeinde Attnang-P. der Bescheid an die Firma AVE (Kröpfel) bzw. an die bevollmächtigten Rechtsanwälte ergangen. Inzwischen ist gegen diesen Bescheid bereits eine Berufung eingelangt, welche in der nächsten Sitzung behandelt werden soll.

2.) Voranschlag 2000.

Bgmst. Mair hält fest, dass allen Gemeindemandataren der Voranschlagsentwurf 2000 rechtzeitig zugegangen ist und dieser auch in der ÖVP-Fraktion eingehend durchbesprochen wurde. Er erläutert, dass der ordentlichen Haushalt mit einer Summe von S 21,642.000,- ausgeglichen ist. Im außerordentlichen Haushalt, der lediglich den Kanalbau betrifft, stehen den Einnahmen von S 5,2 Mill. Ausgaben in der Höhe von S 7 Mill. gegenüber. Die Bedeckung des Abganges in der Höhe von S 1,8 Mill. soll durch Einsparungen oder Mehreinnahmen im ordentlichen Haushalt, oder durch eine höhere Entnahme aus der Betriebsmittellücke erfolgen.

Mair schildert sodann verschiedene Einnahmen insbesondere daß die Ertragsanteile stagnieren, die eigenen Steuern kaum eine Steigerung erfahren, die Pflichtausgaben aber wesentlich steigen. Bei den Ausgaben erwähnt er den Sozialhilfverbandbeitrag, Krankenanstaltenbeitrag, die Gastschulbeiträge und verschiedene größere Ausgaben. Er geht weiters darauf ein, dass für den Ausbau der Straßenbeleuchtung und für den Ankauf eines Streugerätes Mittel vorgesehen sind. Die Rücklage beträgt zur Zeit S 4,1 Mill. und die Schulden betragen über S 23 Mill., wobei allerdings S 17 Mill. den Gemeindehaushalt belasten und die übrigen Schulden nicht rückzahlbare Investitionsdarlehen seitens des Landes betreffen.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen stellt der Bürgermeister den Antrag, den Voranschlag 2000 wie vorliegend und von ihm vorgetragen beschließen zu wollen.

Die Abstimmung ergibt mit Handerheben eine einstimmige Annahme des Antrages.

3.) Bezirkseinheitliche Sperrmüllsammlung.

BE GR Hartl verliest auszugsweise das diesbezügliche Schreiben des BAV-Vöcklabruck. Mit 01.04.2000 wird die Möglichkeit geschaffen, dass jeder Bürger des Bezirkes zu den jeweiligen Öffnungszeiten der 14 Altstoffsammelzentren Sperrmüll abgeben kann. Die Überwachung der Abgabe soll durch das Personal der Altstoffsammelzentren erfolgen. Eine Kostenberechnung hat ergeben, dass gegenüber der bisher üblichen Sperrmüllsammlungen mit Einsparungen gerechnet werden kann.

GR Forstinger Johann führt an, dass sich die bisher durchgeführte Sperrmüllsammlung in Redlham bestens bewährt hat. Er stimmt grundsätzlich der bezirkseinheitlichen Sperrmüllsammlung zu, schlägt aber vor, dass im Beschluß verankert werden soll, dass die Möglichkeit besteht, sofern die Kosten explodieren sollten, auf die bisher bewährte Sammlung zurückgehen zu können. Bgmst. Mair erwähnt, dass er beim Bezirksabfallverband angefragt hat und die Bestätigung dafür erlangt hat, dass jeder Gemeinde aus dieser Regelung auch wieder aussteigen kann. Ab dem Jahr 2001 wird wegen der zu erwartenden thermischen Verwertung der Altlastenbeitrag um S 200,- je Tonne steigen. Die Gemeindemandatare haben teilweise bedenken wegen der zu erwartenden Kosten, einigen sich jedoch schließlich darauf sich dieser bezirkseinheitlichen Sperrmüllsammlung anzuschließen.

GR Hartl Erwin stellt den Antrag, dass sich Redlham mit Wirksamkeit 01.04.2000 der bezirkseinheitlichen Sperrmüllsammlung, organisiert vom BAV-Vöcklabruck, anschließt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben.

4.) Wassergenossenschaft Einwaring; Ersuchen um Nachlaß von Rückzahlungsraten.

GR Schoissengeyer Manfred verliest das Ansuchen der Wassergenossenschaft Einwaring. Darin wird um Nachlaß der letzten 2 Jahresraten in der Höhe von je S 6.000,- ersucht. Anlässlich einer Investition im Jahre 1991 wurde der Wassergenossenschaft Einwaring seitens der Gemeinde ein zinsenloses Darlehen in der Höhe von S 60.000,- gewährt. Die Rückzahlung hat in 10 Jahresraten in der Höhe von je S 6.000,- zu erfolgen und um Nachlaß dieser letzten 2 Raten ersucht nunmehr die WG-Einwaring.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, stellt GR Schoissengeyer den Antrag, die 2 Jahresraten von je S 6.000,- der Wassergenossenschaft Einwaring zu erlassen.

Die Abstimmung ergibt mit Handerheben eine einstimmige Annahme des Antrages.

5.) Vollmacht an das Land Oberösterreich zum Abschluß eines Pensionskassenvertrages.

GR Habringer Maria, selbst Landesbedienstete, schildert die Vorgeschichte der Pensionskassenverträge. Grundlage ist das oberösterreichische Landesbeamten-Pensionsreformgesetz 1999, welches seit 01.01.2000 uneingeschränkt auch für alle Gemeinden und Gemeindeverbände gilt und für deren Beamte der Abschluß eines Pensionskassenvertrages zwingend vorgesehen ist. Dem zu Folge hat jede Gemeinde einen Pensionskassenvertrag abzuschließen und der OÖ.Gemeindebund hat sich beim Land bemüht eine Zusage zu erhalten, dass eben das Land Oberösterreich den Abschluß dieser Verträge für die Gemeinden vollzieht. Dazu benötigt das Land Oberösterreich von jeder Gemeinde eine entsprechende Vollmacht.

GR Habringer Maria verliest die im Entwurf vorliegende Vollmacht vollinhaltlich. Seitens der Mandatare erfolgen verschiedene Erklärungen bzw. Fragen, weil allgemein die Auffassung vertreten wird, dies wäre eine Besserstellung der Beamten. Es geht aber dabei lediglich darum, dass das Pensionssystem auch auf eine private Vorsorge umgestellt wird.

Habringer Maria stellt den Antrag, die Vollmacht wie von ihr vorgelesen beschließen zu wollen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Annahme des Antrages.

Die Vollmacht bildet einen Bestandteil dieser Niederschrift und liegt in Abschrift bei.

6.) Unterstützung der Kirchendacherneuerung der Hl.Geist-Kirche Attnang.

BE GR Selinger Friedrich bringt dem Gemeinderat ein Schreiben des Pfarramtes Attnang Hl.Geist-Kirche zur Kenntnis. Darin wird um Unterstützung ersucht, für die Erneuerung des desolaten Kirchendaches, welches laut Kostenvoranschlag S 800.000,- an Ausgaben verursachen wird.

GV Huber Josef vertritt die Auffassung eine derartige kulturelle Sache mit einem Betrag von rund S 25.000,- zu unterstützen. GV Stoiber Heinz von der SPÖ scheint dieser Betrag als gerechtfertigt. Ebenso GV Poschinger Herbert von der FPÖ stimmt diesem Ansinnen zu.

GR Selinger Friedrich stellt den Antrag, für die Kirchendacherneuerung der Hl. Geist Kirche Attnang einen Betrag von S 25.000,- zu spenden.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Annahme des Antrages.

7.) Allfälliges.

GR Gehmayr Max erkundigt sich über das Verfahren hinsichtlich der Standortabgabe mit der AVE. Seitens der Rechtsanwälte der AVE wurde im Juni ein Antrag auf bescheidmäßige Festsetzung der Standortabgabe eingebracht. Die bescheidmäßige Festsetzung der Standortabgabe wurde mit Bescheid des Bürgermeisters im Dezember erledigt. Von den Rechtsanwälten der AVE wurde gegen diesen Bescheid bereits Berufung eingebracht. Gleichzeitig wurde der Antrag auf Aussetzung der Einhebung der Standortabgabe gestellt. Dem Antrag der Aussetzung von der Einhebung der Standortabgabe wurde stattgegeben und hinsichtlich der Berufung gegen den Bescheid des Bürgermeisters wird der Gemeinderat bei der nächsten Sitzung befaßt werden.

GR Huber Brigitte schlägt vor, beim Gemeindefest teilnehmende Kinder zu begünstigen. Es wird festgehalten, dass schon bisher für Kinder die Autofahrt gratis war. Huber Brigitte setzt sich dafür ein, Familien insofern zu begünstigen, dass auch die Liftkarten für Kinder von der Gemeinde getragen werden. In der Debatte über diese Angelegenheit kristallisiert sich der Vorschlag des GV Huber Josef hervor, der vorschlägt, für das erste Kind einer Familie ist lediglich die Autofahrt frei, nicht aber die Liftkarte und weitere Kinder dieser Familie können gänzlich frei mitfahren. Als Altersgrenze wird das Pflichtschulalter (15 Jahre) festgelegt und diese Regelung gilt nur für Kinder aus der Gemeinde Redlham.

GR Huber Brigitte beschwert sich über den Straßenzustand des Kirchensteiges und erwähnt, daß sie von jemanden angesprochen wurde, dass Redlham die schlechtesten Straßen habe. Sie führt weiters aus, dass der Kirchensteig derzeit kaum benützbar ist und er soll doch endlich asphaltiert werden. GV Poschinger hält fest, da es sich beim Kirchensteig an sich um einen Feldweg handelt und es sollen die Grundanrainer bei einer Asphaltierung mitzahlen. Bgmst. Mair meint, der Kirchensteig soll als Radweg Verwendung finden und nicht von Pkws befahren werden. GR Forstinger schildert den tatsächlichen Sachverhalt und vertritt die Ansicht, wenn dieser Weg asphaltiert werden soll, wäre eine Mindestbreite von 3,2 Meter erforderlich. Über diese Problematik entsteht eine allgemeine Debatte in der das Für und Wider hinsichtlich der Staubfreimachung, von Fahrverbotstafeln, von Geschwindigkeitsbeschränkungen, Straßenbreite usw. diskutiert

wird. Abschließend hält GR Forstinger fest, er wird sich über Kosten einer Staubfreimachung informieren und bei der nächsten GR-Sitzung berichten.

GV Huber Josef stellt die Frage, ob Interesse im "Jahr der Bildung" besteht für berufsbezogene Kurse einen Zuschuß zu gewähren. Er liest einen diesbezüglichen Entwurf vor. GV Stoiber Heinz für die Fraktion der SPÖ hält die Einführung derartiger Zuschüsse grundsätzlich für gut, sieht aber die Schwierigkeiten darin, wem und in welcher Form und in welcher Höhe Zuschüsse gewährt werden sollen. GR Gehmayr Max sieht nicht ein, dass für derartige Fortbildungskurse, welche meist vom Dienstgeber und sonstigen Institutionen unterstützt werden auch die Gemeinde dazuzahlen soll.

Bgmst. Mair gibt bekannt, dass für Entschädigungen der Gemeindefunktionäre (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Fraktionsvorsitzende) und zutreffenden falls auch für Sitzungsgelder künftig Krankenversicherungsbeiträge zu leisten sind. Die Beiträge unterteilen sich in Dienstgeberbeiträge Gemeinde 3,95% und dem Bezieher mit 3,55%.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung:

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 09.12.1999 wurden keine Einwendungen erhoben.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 21.00 Uhr.

Bürgermeister:

Gemeinderat:

Schriftführer:

Gemeinderat:

Der Vorsitzende beurkundet hiemit, daß gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden.

Redlham, am

Der Bürgermeister: